

# INFObrief 3

Juni 2007



## Nachrichten aus der Kommune

### Bericht aus dem Integrationsbeirat

(Sitzung vom 08. Mai 2007)

Unter TOP 2 Aktuelles meldete sich die Vertreterin von ProAsyl zu Wort: Sie zitierte die Koalitionsvereinbarung der Ratsfraktionen von CDU und Grünen vom 25.11.2004. Dort heißt es unter dem Stichwort „Notfälle“: „Beide Partner begrüßen die Vorstellungen des Oberbürgermeisters, lange hier lebende und gut integrierte Familien mit Kindern aus humanitären Gründen nicht abschieben zu wollen und unterstützen ihn in diesem Vorhaben (z.B. durch eine Arbeitsgruppe).“

Da noch nie darüber im Integrationsbeirat berichtet wurde, stellte sie die Frage, ob diese Gruppe existiere, wie sie sich zusammensetze und welche Zwischenergebnisse es gäbe.

Der Vorsitzende Herr Balaban informierte daraufhin, dass jetzt im Oberbürgermeister-Bereich konkrete Überlegungen hierzu angestellt würden. Burak Copur, Vertreter der Grünen und Vorsitzender des Ausschusses für Zuwanderung und Integration, ergänzte, dass verschiedene Modelle aus anderen Kommunen geprüft würden, z.B. die kommunale „Härtefallkommission“ in Duisburg, um zu sehen, ob sie für Essen Sinn machten.

Herr Saado gab bekannt, dass sich eine neue Liste der Libanesen formiert hat, die sich „Liste der libanesischen Erneuerung“ nennt.

Den AK Zuwanderung wird zunächst Frau Bakay kommissarisch leiten.

Unter dem letzten TOP Mitteilungen wies Frau Keil, Leiterin der Ausländerbehörde, auf die Zahlen hin, die als Tischvorlage „Statistischer Zwischenbericht über die Auswirkungen der Bleiberechtsregelung“ vorlagen. Zusätzlichen Erklärungsbedarf erkannte sie für ihr Amt nicht. Bei ca. 3000 Essener Anspruchsberechtigten sind laut Zwischenbericht bis zum 30.04.07 215 Aufenthaltserlaubnisse und 418 so genannte Bleiberechtsduldungen erteilt worden.

Eine weitere angekündigte Tischvorlage über die vorläufige Aussetzung von Rückführungen, nach der die AB sich richte, lag nicht vor. Allerdings wurde die Bitte von Ratsfrau Giesecke, das Thema in der nächsten Sitzung an prominenter Stelle aufzunehmen, positiv aufgenommen.

Es wurde noch auf Deutsch-Kurse der Neuen Arbeit der Diakonie und der AWO hingewiesen, die für Geduldete, die vom Bleiberecht profitieren könnten, angeboten werden. Die Ausländerbehörde habe auch Familien mit Jugendlichen angeschrieben und mit einem Flyer darauf hingewiesen.

### „Auf dem Weg ins Paradies... bis zur Festung Europa.“

Ein Bericht vom Politischen Salon  
Essen am 18.04.2007

Der politische Salon lockte wieder viele neugierige Besucher in das Café Central zu einer Diskussion mit Gästen aus den Bereichen Politik, Nichtregierungsorganisationen und Schule. Auch Betroffene kamen zu Wort.

Das Schicksal des von Abschiebung bedrohten 20-jährigen Libanesen Malek Bleik, das zuvor schon für Aufsehen in der Presse gesorgt hatte, bewegte auch an diesem Abend die Gemüter. Herr Bleik wurde eingeladen, um seine Lebensgeschichte zu schildern: Als Baby nach Deutschland gekommen, als Kind mit der Mutter abgeschoben und aus Verzweiflung wenige Jahre später wieder eingereist. Zusammengerechnet lebt Malek Bleik seit 14 Jahren in Deutschland. Aufgrund der Abschiebung und des darauf folgenden Aufenthaltes im Libanon fällt er nicht unter die Bleiberechtsregelung, weil er die zeitlichen Voraussetzungen nicht erfüllt. Obwohl er gut integriert ist, die Schule besucht und Chancen auf einen Arbeitsplatz hat.

Einen weiteren Einblick in die Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen in unserer Stadt bot Clément Matweta, der seit elf Jahren mit seiner

*K. R.*

Familie in Essen lebt und erst seit kurzem einen gesicherten Aufenthalt hat. Sein Wunsch: „Flüchtlinge müssen wie Menschen behandelt werden.“

Die Besucher des politischen Salons haben durch eine kurze Lesung einen kleinen Vorgeschmack auf das Buch mit dem Titel „Und dann kam ein neuer Morgen“ bekommen: Dr. Arthur Nickel, Essener Lehrer, hat zusammen mit der Lernwelt Essen Kindern und Jugendlichen, die ähnlich wie Malek Bleik mit einer Dul-

legung dieser Gesetze durch die kommunalen Ausländerbehörden, denen es oft an Mut fehle, Präzedenzfälle zu schaffen und ihr Ermessen zugunsten von Flüchtlingen auszuüben. „Die kommunalen Ausländerbehörden müssen auch als Teil der Festung Europas verstanden werden“, so Bernd Brack.

Kritik übte er auch an der neuen Bleiberechtsregelung: „Es ist inhuman, wenn Kranke, Alte, Traumatisierte und Behinderte, also arbeitsunfähige Flüchtlinge, schlicht ausgeschlossen werden“.

gemeinschaft Pro Asyl, auf die unmenschliche Abschottungspolitik der EU ein: Während ca. drei Millionen Iraker zur Zeit auf der Flucht sind und jeden Monat 40.000 - 50.000 dazu kommen, werden seit Jahren in Deutschland lebende irakische Flüchtlinge systematisch entrechtet. In 2006 wurden 4400 Widerrufsverfahren eingeleitet, um Irakern ihren Flüchtlingsstatus wieder zu entziehen.

Die Besucher des politischen Salons suchten im Anschluss an den offiziellen Teil noch Gespräche mit den verschiedenen Gästen, was die Brisanz des Themas und das Bedürfnis nach Austausch, Diskurs und Veränderung deutlich macht.

Die nächsten Veranstaltungen werden unter [www.politischer-salon.de](http://www.politischer-salon.de) bekannt gegeben.

*Linda Ebberts*



von links: B. Brack, C. Matweta, Dr. A. Nickel, K. Kopp, Moderation Ch. Kostrewa

lung leben müssen, eine Stimme gegeben. Ihnen wurde die Chance eingeräumt, ihre ganz persönlichen Geschichten, ihre Erfahrungen und Wünsche niederzuschreiben.

Bernd Brack, Vorsitzender von Pro-Asyl/Flüchtlingsrat Essen, schilderte eindrücklich die Sorgen von Jugendlichen, die hier aufgewachsen sind, deren Heimat Deutschland ist und die sich gut in die Gesellschaft integriert haben. Sie litten sowohl unter einer restriktiven Gesetzgebung als auch unter einer restriktiven Aus-

Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung NRW, räumte ein, dass in solchen Fällen manchmal aus Recht Unrecht werde, dass aber eben genau dafür die Härtefallkommission in NRW eingerichtet worden sei.

Seiner Meinung nach geht der neue Bleiberechtsbeschluss in die richtige Richtung, wobei noch vieles auf den Weg gebracht werden müsse.

Am Beispiel des Umgangs mit irakischen Flüchtlingen ging Karl Kopp, Europareferent der Bundesarbeits-

## **Tschernobylinitiative im Weltcafe**

Zum 21. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl hatte das Weltcafé im April MitarbeiterInnen der Mühlheimer Tschernobyl-Initiative zu Gast. Rund 30 ehrenamtliche Mitarbeiter tragen seit Mitte der neunziger Jahre die Arbeit des Vereins, dessen Schwerpunkt die Organisation von mehrwöchigen Ferientaufenthalten von Kindern und Jugendlichen ist, die in dem kontaminierten Gebiet leben. BürgerInnen aus Mühlheim und Essen Kettwig übernehmen die Rolle von Gasteltern, woraus teilweise langjährige Freundschaften entstanden sind. Ein großer Teil der Kosten wird über den Erlös aus Verkäufen eines Gebrauchtwarenladens erwirtschaftet, der auch von Ehrenamtlern betreut wird. Darüber hinaus organisiert die Initiative Begegnungsreisen auch für Erwachsene nach Weißrussland. Diese sollen ein Bewusstsein schaf-

fen für Lebensbedingungen in einem Land, das in besonderem Maße vom Krieg und Völkermord während des zweiten Weltkriegs betroffen war und heute als letzte Diktatur in Europa gilt.

U.P.

## ■ Laufen für Burma!

Ulrike Bey, Mitglied bei ProAsyl-Flüchtlingsrat Essen und Mitarbeiterin der Burmainitiative im Asienhaus, organisierte beim Ruhrmarathon einen Spendenlauf für die Arbeit der Einrichtung. „Für einen Marathon braucht man einen langen Atem, ebenso wie für den Kampf Burmas für Menschenrechte und Demokratie“.

Unter diesem Motto gingen sechs Personen an den Start und legten insgesamt 147,7 km zurück (Halbmarathon und Marathon).

thon für ProAsyl Essen? Interessierte können sich ab sofort zum Training anmelden! Auch HalbmarathonläuferInnen sind willkommen.

U.P.

## Über den Tellerrand

### Erste Bilanz der Bleiberechtsregelung in NRW: 22.457 Antragsteller - bisher wurden 2161 Personen anerkannt und 1392 abgelehnt

In seiner Pressemitteilung vom 27. April 2007 zieht das Innenministerium NRW eine erste Bilanz der Bleiberechtsregelung nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006.

Demnach haben in NRW 22.457

hätten 2.161 Personen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, bei 1.392 Personen wurden die Anträge abgelehnt, 6.633 Personen erhielten zunächst eine Duldung, da noch nicht alle Voraussetzungen erfüllt waren.

Nach Angaben des Innenministeriums leben in Nordrhein-Westfalen derzeit etwa 57.000 geduldete ausländische Staatsangehörige, d.h. bis jetzt erhielten 3,8 % der Geduldeten aus NRW ein Bleiberecht.

Rund 32.200 Personen leben seit mindestens sechs Jahren hier und davon wiederum etwa 23.000 seit acht Jahren. Darüber hinaus stehen knapp 9.400 Personen in laufenden Asylverfahren. Davon leben wiederum über 1.000 seit mindestens sechs und knapp 400 seit mindestens acht Jahren in NRW.

Quelle: Pressemitteilung des Innenministeriums NRW vom 27.4.2007; [www.im-nrw.de](http://www.im-nrw.de)

## ■ Landesweite Flüchtlingskonferenz in Essen:

**Ausnahme Bleiberecht.** Auch mit dem neuen Bleiberecht hat sich für die allermeisten Flüchtlinge in NRW nichts geändert: Sie werden bloß geduldet. Nur jeder Achte konnte seinen Aufenthalt seither dauerhaft sichern.

In NRW profitieren nur wenige geduldete Flüchtlinge vom neuen Bleiberecht. Ein halbes Jahr nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz zogen Flüchtlingsorganisationen, Anwälte und Städte am Dienstagabend auf einer landesweiten Konferenz in Essen negative Bilanz: Nur 3.000 der insgesamt 54.000 Geduldeten in NRW haben bis jetzt ein Aufenthaltsrecht.

Nach langer Diskussion hatten die Innenminister im November 2006 ein Bleiberecht beschlossen. Es sollte



Die Burma-Läufer am Ziel

Unterstützer feuerten die Läufer mit Transparenten am Straßenrand an und konnten so die Aufmerksamkeit von Läufern und Passanten gewinnen. Wer läuft beim nächsten Mara-

geduldete Personen einen Antrag gestellt. Bei etwa der Hälfte der Anträge liegt eine (vorläufige) Entscheidung vor, so das Innenministerium auf Nachfrage. Bis Ende März

Geduldeten, die lange und unbescholtene in Deutschland leben und deren Kinder integriert sind, eine sichere Perspektive schaffen. Doch gerade für Familien erweist sich als große Hürde, dass sie ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe bestreiten müssen: Das Land fordert, dass sie dafür zehn Prozent über dem Hartz-IV - Satz verdienen. Eine Familie mit drei Kindern muss demnach 2.500 Euro netto im Monat verdienen. "Das ist praktisch unmöglich", so Frank Stein, Sozialdezernent der Stadt Leverkusen.

der den Beschluss ablösen soll, ist kulanter: Er sieht vor, die Deadline bis Ende 2009 zu verlängern.

Trotz dieser Aussicht macht sich Stein Sorgen um die 80 Anspruchsberechtigten in Leverkusen: "Wenn ich mir anschau, wie viele Menschen ohne Migrationshintergrund ihr Gehalt mit staatlicher Hilfe aufstocken müssen, bin ich pessimistisch", so der Dezernent. Für Geduldete sei die Suche nach einer gut bezahlten Arbeit ungleich schwerer. Er plane deshalb bei den Firmen vor

Stefan Keßler, Vorsitzender des Flüchtlingsrats NRW, monierte, dass das Land den IMK-Beschluss durch Erlasse noch weiter verschärft habe. Außerdem habe die Stichtagsregelung den negativen Effekt, "dass ich mich in ein paar Jahren wieder mit Landes- und Bundespolitikern um neue Altfälle prügeln muss."

Nur Karl Peter Brendel, Staatssekretär im Innenministerium, kann der neuen Regelung Positives abgewinnen: "Bei der letzten Flüchtlingskonferenz im September hätten wir doch niemals gedacht, dass wir heute ein Bleiberecht haben würden", sagte er in Essen."

*taz NRW Nr. 8287 vom 31.5.2007, Seite 1,  
105 TAZ-Bericht  
Natalie Wiesmann*



### **Kommentar: exklusives Bleiberecht. Familien doch nicht gewollt**

Nur jeder achte Geduldete in Nordrhein-Westfalen ist vorerst vor einer Abschiebung gerettet. Die Zwischenbilanz der zweiten landesweiten Flüchtlingskonferenz ist ernüchternd, überrascht aber nicht. Bei den strengen Kriterien für ein Bleiberecht hatten Experten solche Zahlen bereits prognostiziert. Dass es aber ausgerechnet für Familien mit Kindern fast unmöglich ist, in den Genuss eines sicheren Aufenthalts zu kommen, war nicht abzusehen.

Denn die prekäre Lage der Familien war es ja gerade, die im vergangenen Jahr die Innenminister zum Handeln zwang. Die unsichere Situation der Kinder ließ sogar CDU-Stadtpolitiker zu Sprachrohren von Flüchtlingen werden.

Mit den hohen Hürden für einen gesicherten Aufenthalt haben die Innenminister den Wunsch der Kom-

24.000 Geduldete in NRW hatten bis Ende April ein Bleiberecht beantragt, knapp die Hälfte der Anträge wurden von den Ausländerbehörden bearbeitet. Nur knapp 3.000 müssen vorerst keine Abschiebung befürchten. Etwa 15 Prozent der Anträge wurde abgelehnt. Zwei Drittel der Bittsteller sind wie bisher geduldet, müssen für einen sicheren Aufenthaltsstatus einen Arbeitsplatz finden oder einen Pass besorgen. Dafür will ihnen die Innenministerkonferenz (IMK) nur bis Ende September Zeit lassen. Der Gesetzentwurf der großen Koalition,

Ort "Klinken zu putzen", um sie in Festanstellung zu bringen.

Stein hatte alle aussichtsreichen Kandidaten direkt nach dem IMK-Beschluss angeschrieben. "Das ist vorbildhaft, in anderen Kommunen sind die Betroffenen kaum informiert worden", beklagt Flüchtlingsanwalt Klemens Roß. In Essen habe es bisher keine einzige Anerkennung gegeben. Er kritisierte zudem die geltende Sippenhaft: "Wenn die Eltern Behörden getäuscht haben, können auch die Kinder kein Bleiberecht erhalten."

munen, Familien zu integrieren, torpediert: Absurd ist vor allem die Forderung, dass Anwärter auf ein Bleiberecht zehn Prozent über dem Hartz IV-Regelsatz verdienen müssen. Das ist weit mehr, als der Staat ihnen jemals zugestanden hat. Geduldete und Asylbewerber erhalten hundert Euro im Monat weniger als Hartz IV-Empfänger. Erst jetzt, wo sie Rechte bekommen sollen, reicht das Geld plötzlich nicht mehr zum Leben.

*taz NRW Nr. 8287 vom 31.5.2007, Seite 1,  
25 Kommentar Natalie Wiesmann*



Ein Blick ins Publikum

### **Erste Regionalkonferenz afrikanischer Vereine und Initiativen im Ruhrgebiet**

In Bochum trafen am 05. Mai VertreterInnen afrikanischer Vereine und Initiativen aus dem Ruhrgebiet im Rahmen einer „Zukunftswerkstatt“ zusammen, um sich auszutauschen, Perspektiven zu entwickeln und künftig stärker gemeinsam aufzutreten und zusammen zu arbeiten.

Eine wichtige, aber auch nicht unumstrittenen Rolle spielen dabei der Ini-

tativkreis afrikanischer Vereine im Ruhrgebiet sowie der seit 2005 bestehende afrikanische Dachverband NRW, der von seiner ersten Vorsitzenden vorgestellt wurde.

Die Hauptamtlichen der Fachstelle für Migration und Entwicklung präsentierten die aus ihrer Arbeit hervorgegangene Internet-Plattform, die Afrika und NRW, Menschen und Organisationen, Aktionen und Projekte, Wissen und Informationen zusammenführt.

Auf der Homepage [www.afrika-nrw.net](http://www.afrika-nrw.net) findet man Zugang zu Afrika-Akteuren, Unternehmen, Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen sowie Informationen zu Veranstaltungen und Seminaren.

In einem Abschlussplenum präsentierten die Kleingruppen die in den Zukunftswerkstätten entwickelten „Projekte“, welche in den nächsten Monaten umgesetzt werden sollen.

Eine Folgekonferenz ist angedacht.

*Linda Ebberts*

### **Schutz für Flüchtlinge: Kritik von Flüchtlingsorga- nisationen**

Der Europäische Flüchtlingsrat (ECRE) und PRO ASYL haben in einer gemeinsamen Erklärung Mitte April die europäischen Staaten aufgefordert, als „Akt der internationalen Solidarität und als Ausdruck ihrer Verantwortung für den internationalen Flüchtlingsschutz“ mindestens 20.000 Plätze für irakische Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, die sich derzeit in den Nachbarländern des Irak aufhalten.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR sucht fieberhaft eben diese 20.000 Plätze für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge.

Jeden Monat fliehen 50.000 Menschen aus dem Irak und zwei Millionen irren als Binnenflüchtlinge durch das Land. Seit Beginn des Krieges vor vier Jahren sind über zwei Millionen Menschen aus dem Irak geflohen, die ganz große Mehrheit in Nachbarstaaten. Im Jahr 2006 erreichten gerade einmal 19.400 Flüchtlinge die EU. 9.000 von ihnen stellten in Schweden einen Asylantrag.

Eine Reihe EU-Staaten, darunter auch Deutschland, planen eine möglichst baldige Abschiebung irakischer Flüchtlinge. Europa betreibt momentan eine Politik der Abwehr, Abschreckung und Entrechtung irakischer Flüchtlinge – so Richard Williams, EU-Repräsentant von ECRE. Er fordert ein großzügiges Flüchtlingsaufnahmeprogramm und einen europaweiten Abschiebestop.

In Deutschland stellten 2006 mehr als 2.000 Menschen aus dem Irak einen Asylantrag. Nur 189 von ihnen erhielten Schutz in Deutschland. Die anderen sind nur geduldet. Gleich-

zeitig wurde aber über 4.200 irakischen Flüchtlingen der Flüchtlingsstatus entzogen. „Die europaweit einzigartige Widerrufspraxis in Deutschland muss beendet werden. Sie ist völkerrechtswidrig, inhuman und kurzsichtig“, so Hubert Heinhold, stellvertretender Vorsitzender von PRO ASYL.

aus: *DGB Bildungswerk; Forum Migration 01.05.2007*

## UNHCR legt Asylzahlen 2006 vor: Deutschland auf Platz 17 in der EU

### Deutschland beim Flüchtlingsschutz nur noch dritte Liga

UNHCR hat heute die Asylzahlen für Europa vorgelegt. Nur noch 199000 neue Asylgesuche wurden in der gesamten Europäischen Union im Jahr 2006 verzeichnet. Beim Ländervergleich (Anzahl der Asylgesuche im Verhältnis zur Bevölkerungszahl) belegt Deutschland in der EU der 25 Mitgliedsstaaten den 17. Platz. Hinter Deutschland rangieren nur noch die drei baltischen Staaten sowie Polen, Ungarn, Spanien und Italien. „Deutschland hat sich beim Flüchtlingsschutz in Europa in die dritte Liga verabschiedet“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

*Presseerklärung vom 23.03.07, Karl Kopp, Europareferent PRO ASYL, Vorstandsmitglied ECRE*

## Rechtssprechung

### Aktuelle Weisung der Bundesagentur für Arbeit: Keine Lohnprüfung mehr für Bleibeberechtigte, die sonst alle Voraussetzungen erfüllen

Nach einer Weisung der Bundes-

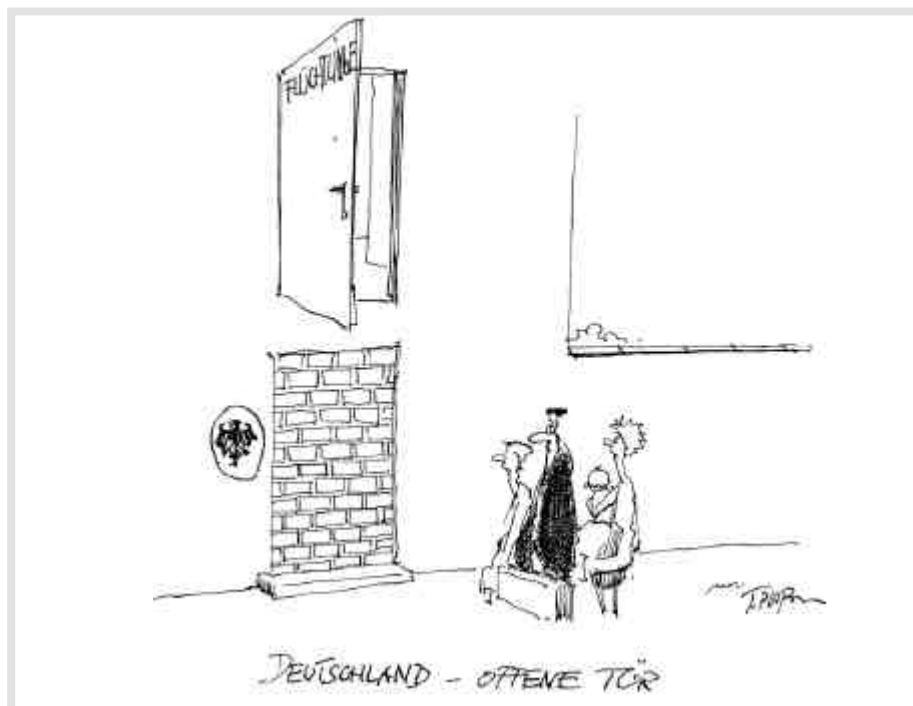
agentur für Arbeit an die Agenturen vom 26. April 2007 ist im Vorgriff auf die gesetzliche Bleiberechtsregelung und die Änderung der Beschäftigungsverfahrensverordnung künftig bei Begünstigten nach der IMK-Altfallregelung (also den Personen, die alle Voraussetzungen erfüllen bis auf die Erwerbstätigkeit) bei Vorlage eines konkreten und den Lebensunterhalt sichernden Arbeitsangebot nunmehr auch auf die Prüfung der Beschäftigungsbedingungen ("Lohnprüfung") zu verzichten. Die Bun-

eine Vorrangprüfung als auch ein Lohnprüfung durchgeführt.

aus *SCHNELLINFO 4/2007, 9. Mai 2007, Flüchtlingsrat NRW, Seite 3-4*

### Sri Lanka: BMI empfiehlt Abschiebestopp – IM NRW empfiehlt Asylfolgeverfahren

Das Bundesministerium des Innern empfiehlt den Landesinnenministerien in einem Schreiben vom 8. Mai 2007, Rückführungen nach Sri Lan-



desagentur räumt die Möglichkeit ein, die Zustimmung zur Erwerbstätigkeit unmittelbar durch die Ausländerbehörde ohne Einschaltung der Arbeitsagentur im Rahmen der Globalzustimmung zu erteilen.

Das nordrhein-westfälische Innenministerium hat einen entsprechenden Erlass am 9.5.2007 veröffentlicht. In NRW wird bei allen anderen Personen, die eine Duldung besitzen und die noch nicht alle Voraussetzungen erfüllen (z.B. Pass) oder der Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis noch geprüft wird, weiterhin sowohl

ka „zunächst für drei Monate“ aussetzen. Dies gelte allerdings nur für aus dem Norden und Osten Sri Lankas stammende TAMILen. Straftäter und Personen, bei denen bei einer Rückkehr „eine Existenzsicherung aufgrund noch vorhandener familiärer Strukturen im Regierungsgebiet gesichert erscheint“, sollen davon ausgenommen werden. Nach Ablauf der drei Monate soll erneut geprüft werden.

Das Innenministerium des Landes NRW bittet die Ausländerbehörden in seinem „Umsetzungserlass“ vom

15. Mai 2007, „Abschiebungen nicht kurzfristig zu terminieren“, um den Betroffenen zu ermöglichen, einen Asylfolgeantrag zu stellen. Dann ist die Abschiebung nach § 71 Abs. 5 AsylVfG „bis zur Mitteilung des Bundesamtes, ob ein weiteres Verfahren durchgeführt wird“ auszusetzen, es sei denn, „der Folgeantrag ist offensichtlich unschlüssig“.

Der Bundesinnenminister beruft sich auf Information des Auswärtigen Amtes und die Berichterstattung eines Mitarbeiters des BAMF von einer fünftägigen Dienstreise im April 2007. Die Situation in Sri Lanka habe sich seit Ende 2006 vor allem in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten (Norden und Osten), aber auch im von der Regierung verwalteten Gebiet (Westen und Süden) einschließlich der Hauptstadt Colombo, „wesentlich verschlechtert“.

Für viele Tamilen, deren Heimat im Norden oder Osten liegt, bestünde „eine individuelle erhebliche konkrete Gefahr wegen fehlender Existenzmöglichkeiten (vgl. § 60 Abs. 7 S. 2 AufenthG)“. Außerdem drohe jüngeren Männern dort die Zwangsrekrutierung durch die LTTE. Im Regierungsgebiet stehe ihnen dagegen in der Regel kein unterstützendes familiäres Netzwerk zu Verfügung.

aus *Schnellinfo 5/2007*, 30.05.2007,  
*Flüchtlingsrat NRW*

## Terminkalender

Die Theatergruppe trifft sich zwei Mal im Monat, jeweils am zweiten und dritten Donnerstag des Monats um 18.30 Uhr.

Die Volleyballgruppe findet wegen Renovierungsarbeiten während der Sommerferien nicht statt.

Die Monatsversammlung am 19.06.2007 um 19.30 Uhr in der Maxstr. 11 statt.

Thema: „Die Einrichtung einer kommunale Härtefallkommission – ein Weg für die Stadt Essen?“ Als Referenten zum Thema erwarten wir Herrn Prof. i.R. Dr. theol. Wolf-Dieter Just, Vorsitzender der „Ausländerrechtlichen Beratungskommission“ der Stadt Duisburg und Lehrbeauftragter der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Im Juli 2007 fallen unsere Veranstaltungen wegen der Sommerpause aus.

## Blüten des Bleibrechts

ProAsyl Essen schenkt Euch und Ihnen mit dieser Ausgabe eine Postkarte aus der Reihe: „Blüten des Bleibrechts“.

Weitere Exemplare sind in der Geschäftsstelle erhältlich.

## Wir bitten Sie um Unterstützung

Als Fördermitglied von Pro Asyl Flüchtlingsrat Essen sind Sie herzlich willkommen. Falls Sie selbst schon Fördermitglied sind, bitten wir Sie, in Ihrem Umfeld zukünftige UnterstützerInnen anzusprechen.

Die Beitrittserklärung senden Sie bitte an:

Förderverein ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen, Maxstr. 11, 45127 Essen

Falls Sie uns lieber durch eine Spende unterstützen wollen, erbitten wir diese auf unser Spendenkonto:

Kontonr. 1600626,  
Sparkasse Essen, BLZ 36050105

Der Förderverein ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e. V. ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind daher steuerlich absetzbar. Eine Spendenquittung senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres automatisch zu.

## Impressum

**Anschrift:** ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen, Maxstraße 11, 45127 Essen

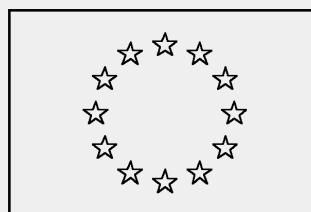
**Tel:** 0201 / 20539

**Fax:** 0201 / 232060

**Mail:** proasylessen@gmx.de

**Bankverbindung:** Kontonr. 1600626, Sparkasse Essen, BLZ 36050105

**Internet:** www.proasylessen.de



gefördert durch den europäischen Flüchtlingsfond